

könne sie aber nur durch freiwillige Beiträge sich erhalten, und werde für die Dauer nicht bestehen können. Deswegen bitte er die Kammer, den Antrag zu unterstützen.

Abg. und Secretair Richter bemerkt, ob nicht der Sprecher bis zur Berathung des Budgets diesen Antrag ausgesetzt lassen wolle, da es sich doch um Bewilligung einer Summe handle, womit Abg. Becker einverstanden ist.

Der Abg. Adler trägt darauf an, daß der Staat durch Geldprämien für die Unternehmer die Errichtung und Vermehrung der Sonntagschulen bewirken möchte.

Referent macht darauf aufmerksam, daß etwas Derartiges in dem Deputationsgutachten gesagt sei; er gestehe aber offenherzig, daß nichts gefährlicher sei, als wenn man den Eifer für die gute Sache dadurch beleben wolle, daß man Prämien gebe. Wenn die Sache durch Prämien gezwungen werden soll, so sei das immer ein trauriges Verhältniß; es könnten Belobungen, Ehrenzeichen und dergleichen stattfinden, aber nur keine Aussetzung von Prämien.

Auch Vicepräsident hält die Aussetzung von Prämien für einen ganz falschen Weg. Man solle vielmehr für ein besseres Auskommen der Schullehrer sorgen; aber auf die Weise, wie der Abgeordnete wolle, werde der Zweck nicht erreicht.

Der Präsident: Er finde für nothwendig, daß man die Schullehrer so sehen müsse, daß sie Lust und Liebe zu ihrem Stande hätten. Wenn man überlege, daß der Elementarlehrer sich ganz seinem Berufe hingeben müsse, und dann die Lage eines solchen Mannes vor Augen habe, so finde da kein Verhältniß statt. Er glaube, daß man Männer, die sich durch den Unterricht vorzüglich auszeichneten, mehr durch Belobungen und Ehrenauszeichnungen, als durch Geld achten müsse, und er wünsche, daß man in Sachsen dieses Princip annehme, weil Ehrenbezeugungen selbst dem bescheidensten Mann sein Verdienst, das er dem Vaterlande und seinen Mitbürgern geleistet, erhöhe und seinen Eifer belebe. Wolle man das Ganze auf Prämien allein stellen, so scheine ihm dieß weder passend, noch zweckmäßig, und auch dem Wirken des Mannes nicht nützlich zu sein.

Abg. Sachse: So lange die Wochenschulen noch Mangel litten, und da noch nicht hinlängliche Unterstützung gewährt sei, könne man nicht an eine Unterstützung der Sonntagschulen denken. Die Bewilligung der Summe, welche im Budget ausgesetzt, habe auch nur die Primärschulen vor Augen, und ob noch etwas für die Sonntagschulen übrig bleibe, sei zu bezweifeln.

Hierauf wird das Deputationsgutachten unter 2. angenommen.

Unter 3) bemerkt die Deputation, daß die Kammer die Anlegung von Gewerbschulen zur zweckmäßigen Fortbildung von Lehrlingen und Gesellen für ihren Beruf, als zur Verbesserung und Vervollkommnung unsers vaterländischen Gewerbsbetriebes besonders geeignet, der hohen Staatsregierung empfehle.

Hierzu bemerkt der Referent, daß er sich erlaubt habe, diesen Wunsch auszusprechen; daß dergleichen Institute ins Leben treten möchten, sei besonders bei der neuen Einrichtung in Betreff des Zollverbandes zu wünschen. Die frühesten hätten in Oestreich bestanden, und dann seien in Preußen, Baiern und Würtemberg bedeutende Summen darauf verwendet worden.

Staatsminister v. Rönnert: Er erlaube sich kürzlich zu erinnern, daß gewiß das Gewerwesen von solcher Wichtigkeit sei, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit darauf verwende; da wo die Gewerbe noch sehr mechanisch betrieben würden, stellten sich besonders die Gewerbschulen als sehr nützlich dar. Es habe auch die Regierung bereits hier eine solche Anstalt begründet, und es sei wohl zu wünschen, daß ihr größere Ausdehnung gegeben werden könnte. Ferner seien in manchen Industrie- und Fabrikstädten die Sonntagschulen errichtet worden, und eine andere Anstalt der Art sei in Leipzig die Handelsschule; allein die Regierung fühle sehr wohl, daß hierbei nicht auf der Stelle stehen geblieben werden dürfe, und es sei auch eine Summe in das Budget dafür aufgenommen worden. Der Deputation, welche sich mit Abkürzung des Landtags beschäftigt, sei bereits angekündigt, daß ein Plan hierüber der Kammer noch vorgelegt werden werde. Aber abgesehen davon, würde ein solcher Antrag nicht unpassend sein, da er mit der Ansicht der Regierung übereinstimme.

Abg. Art: Daß die Regierung Vorsorge getroffen habe, sei ihm nicht unbekannt, aber es scheine ihm, als sei der Zweck noch nicht erreicht. Was namentlich die polytechnischen Anstalten betrafte, sei dafür noch so wenig gethan, daß keineswegs ihr Zweck erfüllt werden könne. Es würde ihm sehr wünschenswerth sein, wenn die Kammer sich dahin ausspreche, daß sie diesen Gegenstand der Beachtung würdig hielte.

Vicepräsident: In so fern die Kammer dieses ausspreche, würde er sich gern anschließen. Uebrigens bemerke er, daß die Sonntagschulen vorzüglich dahin wirken sollten, den jüngern Gewerbetreibenden mehr Kenntniß ihres Geschäftes zu verschaffen, und wünschenswerth sei, wenn von Seite des Landes noch mehr dafür geschehe, und auch die Regierung würde gewiß angemessen finden, wenn man diesen Wunsch ausspreche.

Abg. und Secretair Richter: Ich erlaube mir bloß, auf das Budget aufmerksam zu machen, auf welchem bereits eine Summe von 15,000 Thlr. für diesen Zweck ausgesetzt ist. Es scheint mir also unnöthig, einen solchen Antrag zu stellen, theils, weil die Regierung einen solchen Entwurf ausgearbeitet hat, theils, weil eine Summe bereits auf das Budget gebracht ist, und es handelt sich demnach nur davon, in wie weit die Kammer diese Summe vermindern, oder vielleicht erhöhen möchte.

Abg. v. Thielau: Ich kann mich mit dem Antrage, wie er gestellt ist, nicht einverstehen. Einen Theil der Gründe hat bereits der Hr. Secretair erwähnt; ein anderer Grund ist der, daß hier eine ganz unbestimmte Bewilligung ausgesprochen wird. So nützlich auch die Gewerbschulen sind, und so nützlich es ist, sehr viele anzulegen, eben so schädlich ist es, dieses zu thun, ohne vorher den Plan zu kennen, nach welchem sie angelegt werden sollen. Ich will nicht die Gründe weder für noch gegen bemerklich machen, ich bemerke nur, daß sehr wichtige Gründe vorhanden sind, diese Gewerbschulen nicht eigentlich als Staatsschulen bestehen zu lassen. Wo am meisten dafür geschehen, ist in Leipzig, und in Leipzig ist eine Privatanstalt. Entfesselung des Gewerbes, Freiheit des Verkehrs und gute Gewerbschulen überhaupt werden an und für sich zu Errichtung von Gewerbschulen um so mehr beitragen, je mehr sich das Streben